

Martin Gerster (SPD):

Trotz wachsender Herausforderungen dringend notwendige Bekämpfung von auch friedensgefährdendem Hunger und Massenelend ist der deutsche Etat für Entwicklungszusammenarbeit nicht zuletzt zur völkerrechtskonformen Unterstützung der angegriffenen Ukraine um nahezu eine Milliarde Euro gekürzt worden.

Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, weitere Kürzungen des Entwicklungsetats künftig zu verhindern und ihn wieder besser an die gestiegenen Erfordernisse der weltweiten Armutsbekämpfung, damit auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen anzupassen?

Richtig ist, dass der BMZ-Anteil am Bundeshaushalt sinkt, obwohl die entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aufgaben gewachsen sind. Die Absenkung ergibt sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, durch das insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen. Eine investitionsfreundlichere und zukunftsorientierte Lösung war mit dem ehemaligen Koalitionspartner FDP nicht möglich. Das BMZ musste Kürzungen vornehmen - dort, wo es fachlich noch vertretbar und technisch möglich war.

Wir haben als SPD immer wieder betont, dass wir eine ODA-Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreichen müssen, 0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Länder des Globalen Südens (LDC) einsetzen wollen und unsere Zusagen zur Klimafinanzierung eingehalten werden müssen.

Welche sonstigen Möglichkeiten sehen Sie, für welche plädieren Sie gegebenenfalls, dass das doch vergleichsweise reiche Deutschland auch in einer Zeit „knapper Kassen“ seiner Mitverantwortung zur Entwicklung in ärmeren Weltregionen angemessen gerecht werden könnte?

Um den steigenden globalen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen – in Zeiten sinkender Etats - neue Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und Allianzen mobilisiert werden. Zwei Beispiele:

1. Wir setzen uns in einer Globalen Allianz für Steuergerechtigkeit für eine globale **Milliardensteuer** ein. Seit Beginn der Corona-Pandemie haben die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen mehr als verdoppelt, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ist dagegen noch ärmer geworden. Bei einer Milliardensteuer müssten die rund 3.000 Milliardäre weltweit mindestens zwei Prozent Steuern auf ihr Vermögen bezahlen. Diese Regelung würde nicht für Milliardäre gelten, die bereits einen entsprechenden Beitrag bei der Einkommensteuer entrichten. Das würde Einnahmen von bis zu 250 Milliarden US-Dollar pro Jahr bedeuten - Geld, das für die Beseitigung von Hunger und Armut, die Bewältigung der Klimakrise, für die Bildung oder zur Pandemievorsorge eingesetzt werden kann.
2. Die Länder des globalen Südens brauchen eine Lösung für die Verschuldungskrise, um in Gesundheitssysteme, soziale Sicherung oder Klimaschutz investieren zu können. Mitteleinkommensländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, wollen wir mehr **Zugang zu günstigen Krediten** ermöglichen. Für hochverschuldete Länder setzen wir stärker auf sogenannte **Schuldenumwandlung** – das heißt, den Tausch ihrer Verpflichtungen gegen Investitionen zum Beispiel in die soziale und ökologische Transformation. Und wir setzen uns für ein **globales Staateninsolvenzverfahren** ein, das private Gläubiger einbezieht und das **Schuldenerlasse** für besonders gefährdete Ländergruppen vorsieht.

Unter Entwicklungsministerin Svenja Schulze wurde eine relativ anspruchsvolle Strategie vorgelegt, um zur nachhaltigen Entwicklung afrikanischer Länder beizutragen, aber auch, um Ursachen zur Migration aus unserem Nachbarkontinent entgegenzuwirken. Halten Sie die vorgelegte Afrika-Strategie aus der Ampel-Regierung für geeignet und realistisch genug, hinreichend zur Realisierung der anvisierten Ziele beizutragen oder haben Sie ergänzende bzw. alternative Vorschläge dazu?

Ende 2024 hat die SPD-Bundestagsfraktion das Positionspapier „Der größeren Bedeutung Afrikas nach der Zeitenwende gerecht werden“ herausgebracht, das aufzeigt, was für uns in Zukunft im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten wichtig ist: www.spd-fraktion.de/system/files/documents/position-groesseren-bedeutung-afrikas-nach-zeitenwende-gerecht-werden.pdf. Die Neupositionierung der Zusammenarbeit mit Afrika erfolgte nicht zuletzt unter dem Eindruck aktueller Herausforderungen, die auch unser entwicklungs-politisches Handeln prägen: Russlands Krieg gegen die Ukraine, der wachsende Einfluss autoritärer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent, die Klimakrise, der zunehmende Vorwurf von Doppelstandards gegenüber Europa und die schnell wachsende Bevölkerung Afrikas.

Einige der zentralen Aspekte darin sind die Forderung nach mehr Mitspracherecht afrikanischer Länder in internationalen Institutionen (VN, Weltbank etc.), die Kooperation mit afrikanischen Partner:innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft etc. auf- und auszubauen und die Dekolonialisierung voranzutreiben.

Gibt es Ihrer Meinung nach – neben internen Ursachen für Fehlentwicklungen, Armut und Ungerechtigkeit in armen Ländern selbst – auch andere, nicht zuletzt weltwirtschaftliche Ursachen und wie könnten sie abgebaut bzw. vermindert werden?

Im internationalen Kontext gibt es weiterhin eine starke Dominanz der Länder des Globalen Nordens. Um dem entgegenzuwirken, ist eine Reform der VN und der internationalen Finanzarchitektur notwendig.

Auch ist ein dekolonialer Ansatz zentrale Grundlage unserer Entwicklungspolitik. Wir wollen koloniale Kontinuitäten und damit rassistische und koloniale Machtstrukturen aufbrechen und stetig abbauen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte und dem vorherrschenden Entwicklungsparadigma sowie die Förderung von Diversität und Repräsentanz des Globalen Südens in der Zusammensetzung von Vorständen in Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie mehr Mitsprache in multilateralen Organisationen, in den Vereinten Nationen oder der Weltbank.

Was der SPD noch wichtig ist:

Leitbild unseres Handelns ist eine feministische Entwicklungspolitik, die diskriminierende Strukturen für Frauen, Kinder und insbesondere Mädchen sowie marginalisierte Gruppen abbauen soll. Wir beziehen dabei besonders marginalisierte Gruppen aktiv ein und setzen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit feministischen Netzwerken und Akteur:innen. Mit unseren Partnerländern arbeiten wir im Dialog an der Überwindung geschlechterbasierter Gewalt und dem Abbau diskriminierender Strukturen und verfolgen einen intersektionalen Ansatz.

Reguläre, humanitäre Migration, die die Potenziale von Migration nach Deutschland und Europa stärker in den Vordergrund rückt, dabei auch die Interessen der Partner- und Zielländer berücksichtigt und damit zur Fachkräftegewinnung für den deutschen Arbeitsmarkt beiträgt.